



26. November 2025

Postulat

von Yves Henz (Grüne),
Anna Graff (SP)
und Moritz Bögli (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Bericht zu erstatten, der departementsübergreifend bestehende Karenzfristen bei städtischen Leistungen auf ihre sozialpolitische Sinnhaftigkeit evaluiert und ihre künftige Abschaffung oder Beibehaltung begründet.

Begründung:

Neben den Gemeindegzuschüssen und den Ausbildungsbeiträgen bestehen derzeit bei weiteren Sozialleistungen der Stadt Zürich Karenzfristen, beispielsweise beim Zugang zu den städtischen Wohnintegrationsangeboten (gemäss Ausführungsbestimmungen für die städtischen Wohnintegrationsangebote, AS 843.401).

Karenzfristen erschweren den Zugang zu Unterstützung, ohne einen sozialpolitischen Nutzen zu bringen. Sie führen vielmehr zu unnötigen Verzögerungen und verschärfen die finanzielle Notlage von Menschen, die in dem Moment auf Unterstützung angewiesen sind.

Daher sollen departementsübergreifend sämtliche geltenden Karenzfristen überprüft und abgeschafft werden, sofern sie nicht durch zwingende Gründe gerechtfertigt sind.